

Kompetenzorientierter Politikunterricht - in neun Schritten vom Modell zur Unterrichtsplanung

Breit, Gotthard; Weißeno, Georg

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Breit, G., & Weißeno, G. (2015). Kompetenzorientierter Politikunterricht - in neun Schritten vom Modell zur Unterrichtsplanung. In S. Frech, & D. Richter (Hrsg.), *Politikunterricht professionell planen* (S. 167-187). Schwalbach: Wochenschau-Verlag. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67621-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Gotthard Breit, Georg Weißeno

Kompetenzorientierter Politikunterricht – in neun Schritten vom Modell zur Unterrichtsplanung

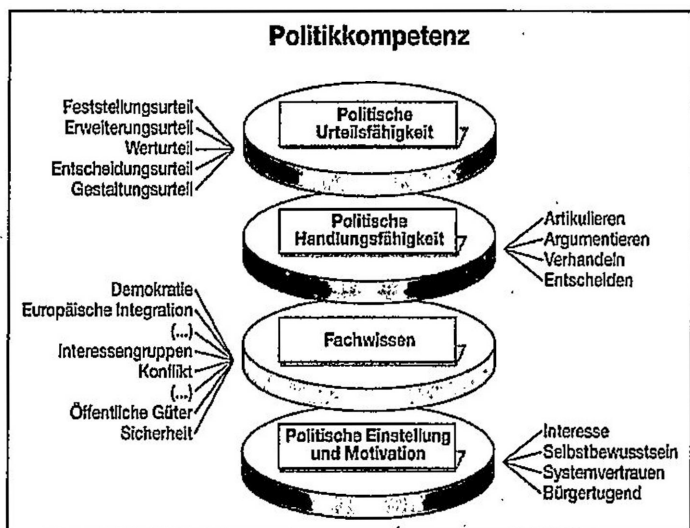
1. Einführung

Den Kern der Politikdidaktik und der schulischen politischen Bildung bildet die Politikkompetenz (Weißeno u.a. 2010; Detjen u.a. 2012). Die Politikkompetenz soll Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, die politischen Anforderungen, die mit der Bürgerrolle in einer Demokratie verbunden sind, zu bewältigen (Detjen u.a. 2012: 7f.). Im Unterricht wird sie „auf das bezogen, was vermittelbar und in den Aufgabenlösungen zu fordern ist. Wenn ein Schüler konkrete Aufgaben lösen kann, verfügt er über jene Kompetenz, die später als Bürger gefragt ist“ (ebenda: 9). Die erworbenen „Kompetenzen (*outcome*) lassen sich im Unterricht von den Lehrenden diagnostizieren und in Klassenarbeiten überprüfen“ (ebenda: 10). Die Politikkompetenz wird in vier aufeinander bezogene Kompetenzdimensionen bzw. Teilkompetenzen unterteilt. Wer als Schülerin bzw. Schüler Aufgaben im Politikunterricht lösen und als Bürger seiner Rolle in der Demokratie gerecht werden will, muss über die Kompetenzdimensionen „Fachwissen, Politische Urteilsfähigkeit, Politische Handlungsfähigkeit, Politische Einstellung und Motivation“ verfügen.

Das Modell der Politikkompetenz hat Zustimmung und Kritik erfahren. Ein endgültiges Urteil steht noch aus. Exemplarisch für die Bewährung in der Praxis soll im Folgenden die Tauglichkeit des Kompetenzmodells anhand der Planung einer Unterrichtseinheit überprüft werden. Wie nicht anders zu erwarten, ändert sich

die herkömmliche Planung von Politikunterricht, wenn man der Unterrichtsplanung das Modell der Politikkompetenz zugrunde legt (zur herkömmlichen Planung vgl. Breit/Weißeno 2003). Im Hauptteil des Beitrages werden die Planungsschritte nach dem Kompetenzmodell vorgestellt und an einem Unterrichtsbeispiel erprobt. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden im Ausblick zusammengefasst.

Abbildung 1: Modell der Politikkompetenz



(nach: Detjen u.a. 2012: 15)

2. Neun Schritte bei der Planung einer Unterrichtseinheit

Die vorgestellte Abfolge der Planungsschritte stellt keinen Königsweg dar. Da Planung von Unterricht stets ein zirkulärer Prozess ist, können sich immer alternative Wege ergeben. Die neun Planungsschritte können wie folgt kurz skizziert werden:

1. Die Planung beginnt mit der Feststellung der Ausgangskompetenz, die der früheren Bedingungsanalyse entspricht: Der Stand der Kompetenzförderung bei den Schülerinnen und Schülern wird ermittelt und so festgestellt, welche der zu Schuljahresbeginn vereinbarten bzw. festgelegten Fachkonzepte und Kompetenzfacetten neu behandelt und welche noch vertieft werden sollen.
2. Danach folgt die Auswahl neuer Fachkonzepte und konstituierender Begriffe für das Unterrichtsvorhaben nach den Vorgaben der Fachkonferenz oder die Vertiefung bestimmter, bereits behandelter Fachkonzepte und konstituierender Begriffe in der Unterrichtseinheit (Fachsprache).
3. Die Suche und das Durchdenken eines für das Unterrichtsvorhaben geeignet erscheinenden aktuellen politischen Vorganges mit Hilfe des Fachkonzepts bzw. der ausgewählten Fachkonzepte ist der dritte Schritt.
4. Im Anschluss erfolgt die Konkretisierung von Planungsschritt 3: Das Durchdenken des sich abzeichnenden Inhalts bzw. der sich abzeichnenden inhaltlichen Schwerpunkte mit Hilfe der fachsprachlichen Begriffe aus den ausgewählten Fachkonzepten und den damit vernetzten Konzepten.
5. Der fünfte Planungsschritt umfasst die Auswahl von geeigneten Materialien (z.B. Zeitungstexte, wissenschaftliche Ausführungen) mit Hilfe der ausgewählten Begriffe, die gedankliche Durchdringung mit Hilfe der vorgegebenen Begriffe sowie Aufbereitung der Materialien für den Unterricht.
6. Aufgrund des Nachdenkens über die Kompetenzdimensionen „Politische Urteilsfähigkeit“, „Politische Handlungsfähigkeit“ und „Politische Einstellung und Motivation“ (einschließlich der Unterteilung in Kompetenzfacetten) folgen Überlegungen zu den Unterrichtsmethoden.
7. Im Mittelpunkt des siebten Schritts steht die Festlegung des inhaltlichen Kerns der Einheit durch das Zusammendenken von ausgewählten Fachkonzepten/Begriffen und Kompetenzfacetten mit einem politischen Vorgang und mit ausgewählten Materialien sowie die Entscheidung über das methodische Vorgehen.

8. Die Formulierung des Themas ist der vorletzte Planungsschritt.
9. Die Festlegung der Leistungen (Kompetenzen) in Form von verbindlichen Lernaufgaben, die die Schülerinnen und Schüler im Verlauf der Einheit erbringen sollen, schließt den Planungsprozess ab.

Schritt 1: Der Stand der Kompetenzförderung bei den Schülerinnen und Schülern wird ermittelt

In dem Band „Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell“ (Weißeno u.a. 2010) werden das Modell der Politikkompetenz sowie 30 Fachkonzepte beschrieben. Für die Unterrichtsplanung sind zusätzlich die weiteren aufgeführten Begriffe wichtig, die das jeweilige Fachkonzept konstituieren. Nach dem Kompetenzmodell ist politisches Lernen nur dann erfolgreich, wenn „die Schüler/-innen mit dem [...] vorgestellten Fachvokabular angemessen umgehen können“ (ebenda: 13). Das gelingt erst, wenn sie mit den politischen Begriffen inhaltliche Vorstellungen verbinden.

Die Lehrerin bzw. der Lehrer stellt fest, welche Fachkonzepte sie/er bereits behandelt hat und wo eine Vertiefung angebracht erscheint. Hier kommt sie/er zu folgendem Ergebnis: Das Fachkonzept „Demokratie“ und die damit vernetzten Fachkonzepte „Repräsentation“ und „Legitimation“ verdienen eine Vertiefung, weil die Schülerinnen und Schüler der Klasse 11 (Gymnasium) in der Anwendung der politischen Begrifflichkeit Förderung benötigen. Zugleich wurden noch nicht alle konstituierenden Begriffe kontextualisiert. Eine erneute Behandlung des Fachkonzepts „Parteien“ erscheint notwendig.

Das Argumentieren, Artikulieren (Kompetenzdimension: Politische Handlungsfähigkeit), die Urteilsfähigkeit (Kompetenzdimension: Politische Urteilsfähigkeit) und das Interesse, Selbstbewusstsein und Systemvertrauen der Jugendlichen (Kompetenzdimension: Politische Einstellung und Motivation) sollen gleichfalls gefördert werden. Zu Letzterem sind wie bisher in der Bedingungsanalyse Überlegungen der Lehrerin bzw. des Lehrers

zu möglichen Voreinstellungen und angenommenen Interessen der Schülerinnen und Schüler nötig.

Schritt 2: Auswahl der Fachkonzepte und konstituierenden Begriffe (Fachsprache)

Der Lehrer bzw. die Lehrerin plant, die bereits im Unterricht behandelten Fachkonzepte „Demokratie“ und „Parteien“ zusammen mit den damit vernetzten Fachkonzepten „Repräsentation“ und „Legitimation“ zu behandeln. Für diese Fachkonzepte werden in dem Kompetenzmodell folgende Begriffe vorgeschlagen (Weißeno u.a.: 64, 143, 91, 121).

Übersicht 1:

Demokratie

Primarstufe	Mehrheitsprinzip, Abstimmung, Diskussion
Sekundarstufe I	Volksbegehren, Volksentscheid, Mehrparteiensystem
Sekundarstufe II	Volkssouveränität, Pluralismustheorie, Identitätstheorie, Verfassungsstaat

Übersicht 2:

Parteien

Primarstufe	Interessen, Wähler/-innen, Wahlkampf
Sekundarstufe I	Wählerpräferenzen, Politische Willensbildung, Koalitionsbildung, Regierungsbildung
Sekundarstufe II	Programme, Catch-all-Strategie

Übersicht 3:

Repräsentation

Primarstufe	Klassensprecher/-in, Bürgermeister/-in, Gemeinderat
Sekundarstufe I	Freies Mandat, Amt, Verantwortung, Abgeordneter, Bundespräsident/-in
Sekundarstufe II	Responsivität

Übersicht 4:

Legitimation

Primarstufe	Regeln, Mehrheitsentscheidung, Gesetze
Sekundarstufe I	Willensbildung, Legalität, Transparenz, Rechtfertigung, Kommunikation, Werte
Sekundarstufe II	Responsivität, Akzeptanz, Massenloyalität, Input-Output-Orientierung

Es versteht sich von selbst, dass in den wenigen Stunden eines Unterrichtsvorhabens nicht alle diese Begriffe vertiefend im Unterricht angesprochen werden können, um den kumulativen Wissensaufbau zu fördern. Über die Auswahl kann sich die Lehrerin bzw. der Lehrer nur im Zusammenhang mit dem von ihr/ihm für den Unterricht ausgewählten aktuellen politischen Vorgang und den dazu ausgewählten Texten und Materialien klar werden. In der Unterrichtszeit kurz vor Weihnachten 2013 kommen für sie/ihn mehrere politische Prozesse in Frage. Sie/er durchdenkt zunächst den Mitgliederentscheid in der SPD im November und Dezember 2013.

Schritt 3: Durchdenken eines aktuellen politischen Vorgangs

Die SPD erzielte in der Bundestagswahl vom 22. September 2013 mit 25,7 Prozent ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Unionsparteien CDU und CSU gingen aus den Wahlen als klare Sieger hervor. Mit 41,5 Prozent verfehlten sie nur knapp die Mehrheit zur Bildung einer Alleinregierung. Mit der FDP konnten sie nicht mehr koalieren, da diese mit 4,8 Prozent an der Fünfprozenthürde gescheitert war. Rot-Grün war von einer Regierungsmehrheit weit entfernt. So blieben nach der Wahl zur Regierungsbildung eigentlich nur das Zusammengehen von Union und SPD und damit die Bildung einer Großen Koalition übrig.

Schon fünf Tage nach der Wahl, am 27. September 2013, legte die SPD-Führung fest, dass, sollte es zu einer Großen Koalition

kommen, der Koalitionsvertrag von den Parteimitgliedern gebilligt werden sollte. Nach langen und schwierigen Koalitionsverhandlungen unterschrieben die drei Parteivorsitzenden Angela Merkel, Sigmar Gabriel und Horst Seehofer am 27. November 2013 den Koalitionsvertrag. Drei Tage später begann die SPD damit, allen ihren Mitgliedern die Unterlagen für den Mitgliederentscheid zu übersenden. Am Samstag, den 14. Dezember 2013, wurde das Ergebnis dieses Mitgliederentscheids bekannt gegeben: 78 Prozent der SPD-Mitglieder hatten sich an dem Mitgliederentscheid beteiligt, 76 Prozent davon stimmten mit „Ja“ und damit für die Annahme des Koalitionsvertrages (vgl. M 2). Am 17. Dezember 2013 wurde Angela Merkel zur Bundeskanzlerin gewählt.

Das Vorgehen der SPD-Führung, ihre Mitglieder über Annahme oder Ablehnung des Koalitionsvertrages entscheiden zu lassen, erregte in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und war lange Zeit umstritten.

Die Lehrerin bzw. der Lehrer prüft, ob sich die Mitgliederbefragung in der SPD für die geplante Unterrichtseinheit eignet. Zunächst legt sie/er den Schwerpunkt auf die Frage, ob das Vorgehen der SPD-Führung, ihre Mitglieder über die Annahme des Koalitionsvertrages entscheiden zu lassen, mit der Verfassung übereinstimmt. Hierüber sollten sich die Schülerinnen und Schüler ein Urteil bilden. Nach der Ablehnung eines Eilantrages, den Mitgliederentscheid zu untersagen, durch das Bundesverfassungsgericht kommt sie/er aber von dieser Schwerpunktbildung ab. Mit wenigen Sätzen wiesen die Karlsruher Richter nach, dass die Mitgliederabstimmung die Abgeordneten der SPD nicht in ihrem freien Mandat (Art. 38 GG) beeinträchtigte.

Da aus Karlsruhe eine Entscheidung vorliegt, kann für den Unterricht keine offene Anwendungssituation mehr gefunden werden. Das Faktenwissen dient dann der Vertiefung vorhandenen konzeptuellen Wissens, was grundsätzlich möglich ist und je nach Situation in den Klassen auch einmal notwendig sein kann. Ein derartiger Unterricht legt aber den Schwerpunkt auf die Kompetenzdimension „Fachwissen“. In dem zu planenden

Unterricht sollen auch zusätzlich Kompetenzfacetten aus anderen Kompetenzdimensionen gefördert werden. Den neuen Schwerpunkt bildet deshalb die Beurteilung der Mitgliederbefragung durch die Schülerinnen und Schüler: Ist die Mitgliederbefragung zu befürworten oder abzulehnen? Steht die Mitgliederbefragung für innerparteiliche Demokratie? Welche Gründe können für das jeweilige Urteil angeführt werden?

Schritt 4: Durchdenken des politischen Vorgangs mit Hilfe ausgewählter Begriffe aus den Fachkonzepten

Zusammen mit der Schwerpunktbildung durchdenkt die Lehrerin bzw. der Lehrer den Unterrichtsinhalt in einem zirkulären Denkprozess mit Hilfe von ausgewählten Begriffen aus den Fachkonzepten. Zunächst wählt sie/er aus den Übersichten der ausgewählten Fachkonzepte (s. oben) die Begriffe aus, die sie/er mit den Schülerinnen und Schülern vertiefend behandeln möchte. Sie sind zu diesem Zeitpunkt noch ein gedankliches Gerüst, das je nach Textlage (vgl. Schritt 5) noch variabel ist. Dabei entscheidet sie/er sich zunächst für die Begriffe, die den ausgewählten vier Fachkonzepten den Namen gaben: Demokratie, Parteien, Repräsentation und Legitimation. Zusätzlich wählt sie/er als vorläufig konstituierende Begriffe aus: Wahlen, Volksentscheid, Volkssouveränität, politische Willensbildung, Koalitionsbildung, freies Mandat, *Input-Output-Orientierung*.

Zur Arbeit mit diesen Begriffen im Unterricht erstellt sich die Lehrerin/der Lehrer inhaltlich folgendes gedankliche Gerüst. In einer Demokratie herrscht das Volk („Herrschaft des Volkes“); die Staatsgewalt geht vom Volke aus (Volkssouveränität). Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt (Art. 20 Abs. 2 GG). In Volksentscheiden können sich alle Bürgerinnen und Bürger direkt am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess beteiligen. Bei der indirekten Beteiligung werden durch Wahlen Einzelne dazu berechtigt (legitimiert), als Volksvertreter an die Stelle der Gesamtheit zu treten und für sie zu sprechen, zu entscheiden und zu handeln (Repräsentationsprinzip).

In Parteien muss laut Grundgesetz die innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen (Art. 21 Abs. 2 GG). Parteimitglieder können sich direkt (Mitgliederentscheide) oder indirekt (Parteitage, Delegation) am Willensbildungsprozess beteiligen. Innerparteiliche Mitgliederentscheide können mit Volksentscheiden auf der Ebene des politischen Systems verglichen werden. Beide sind Ausdruck direkter Demokratie und stehen damit in einem Spannungsverhältnis zu den etablierten Formen repräsentativer Demokratie in Parlamenten und Regierungen. Der Unterschied besteht in der Bestimmung des *demos*. Das sind im einen Fall allein die Parteimitglieder, im anderen alle zur Abstimmung zugelassenen Bürgerinnen und Bürger. Zudem geht es „nur“ um eine innerparteiliche Weichenstellung und nicht um eine verbindliche Entscheidung für die Gesamtgesellschaft (eine *Policy*-Entscheidung).

Zumeist aber wird in Parteien innerparteiliche Demokratie durch Delegation gelebt. Die Vertreterinnen und Vertreter auf höheren Ebenen werden, meist auf Parteitag, von Vertretern unterer Ebenen gewählt. Dabei gibt es aber ein permanentes Delegationsverhältnis. Der Parteivorstand kann nicht in seiner Amtszeit frei und unabhängig von dem ihn wählenden Gremium agieren. Prinzipiell ist der Parteitag das höchste Organ und kann, zumindest nach den Statuten, den Vorstand jederzeit zur Verantwortung ziehen und abwählen. Von einem freien Mandat kann nur bei Parlamentsabgeordneten gesprochen werden. Trotz dieser Unterschiede kann der Mitgliederentscheid in einer Partei als Beispiel für einen demokratischen Entscheidungsprozess im Unterricht behandelt werden.

In der Demokratie sollen alle Entscheidungen und Problemlösungen „für das Volk“ (und nicht nur für eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe) getroffen werden. Wenn möglichst alle, die von der Entscheidung oder Problemlösung betroffen sind, auch daran partizipieren können (*Input*), und wenn die Entscheidungen oder Problemlösungen den Maßstäben Effizienz und Gemeinwohlorientierung gerecht werden (*Output*), dann

kann von einer Entscheidung im Interesse des Volkes gesprochen werden. Parteien tragen zu einer breiten Interessenvertretung bei. Im Idealfall bringen sie alle gesellschaftlichen Interessen in den Entscheidungsprozess ein (*Input*) und sorgen so dafür, dass „alle“ Interessen beteiligt sind. Parteien „ermöglichen den Bürgern, sich aktiv an der Politik zu beteiligen“ und direkt (Mitgliederentscheide) oder indirekt über die interne Willensbildung von unten nach oben (Parteitage, Delegation) „einen Input zu leisten“ (Detterbeck 2011: 23).

Schritt 5: Auswahl und Aufbereitung von Zeitungstexten und Materialien mit Hilfe der ausgewählten Begriffe

Für das inhaltlich hervortretende Unterrichtsvorhaben werden folgende, bereits stark gekürzte Texte ausgewählt. Im Folgenden sind die Fachkonzepte und die sie konstituierenden Begriffe unterstrichen:

M 1: Zur Vorgeschichte

Im Dezember 2011 fing alles an. Es ging um die Parteireform – darum, die Sozialdemokratie mit ihren Gewohnheiten, Gremien und Verfahren an die Zeit anzupassen. Ein entscheidender Punkt der Reform war die bessere Beteiligung der Mitglieder.

Die Genossen an der Basis waren es leid, ständig Entscheidungen hingeknallt zu bekommen, die sie selbst nie so getroffen hätten. [...] Im Frühjahr 2011 legte Nahles ein erstes Papier für die Parteireform vor, im Dezember fasste der Parteitag seinen Beschluss. Er bedeutete, dass die Mitglieder nun leichter mitbestimmen konnten. Es solle künftig genügen, hieß es im Beschluss, wenn sich 20 Prozent der Genossen an einem Mitgliederentscheid beteiligten. Und: „Zukünftig ist bei einem Mitgliederentscheid auch eine Briefwahl möglich“.

(Süddeutsche Zeitung, 16.12.2013: 3)

M 2: Die SPD ist von sich selbst berauscht

von Christoph Hickmann

Berlin – Kann das sein? Echt jetzt? Er, für den das Adjektiv abgebrüht doch überhaupt erst erfunden wurde? Dieser Raufbold, dieser Taktiker, immer einen knurrigen Spruch parat, immer bereit, das Publikum mit der nächsten Volte zu verblüffen, stets auf der Suche nach dem nächsten Scharmützel? Ja, das kann sein, auch wenn man zweimal, dreimal hingucken muss: Sigmar Gabriel hat Tränen in den Augen.

Er sagt, nein, er ruft: „Ich war lange nicht mehr so stolz, Sozialdemokrat zu sein, wie in diesen Wochen und Monaten.“

Es geht auf drei Uhr zu an diesem Samstagnachmittag, der SPD-Chef steht an einem Rednerpult, um ihn herum wichtige bis sehr wichtige Sozialdemokraten, um die herum viele weitere Sozialdemokraten, deren Gesichter man nicht kennt. Es sind die Helfer, die in den Stunden zuvor Stimmen gezählt haben, in dieser Halle, nicht allzu weit vom Potsdamer Platz, in der Gabriel nun das Ergebnis des Mitgliedervotums über die große Koalition verkündet. Wobei er das streng genommen gar nicht tut. Stattdessen hält er eine Lobrede, auf die Partei und damit auf sich selbst.

„Wir sind nicht nur die älteste, wir sind auch die modernste Partei in Europa. Wir sind die Beteiligungspartei“, sagt er, und es dauert geschlagene neun Minuten, bis er das Wort an Barbara Hendricks abgibt, die Schatzmeisterin, die das Ergebnis vorliest. Kurz gefasst, haben sich knapp 78 Prozent der SPD-Mitglieder beteiligt. Und knapp 76 Prozent haben mit Ja gestimmt.

Jubel auf dem Podium, bei den Helfern, Jubel überall...

(Süddeutsche Zeitung, 16.12.2013)

M 3: Die Basis der Legitimation wird verbreitert

Koalitionen werden von Parteien eingegangen, deshalb haben am Ende schon immer die Parteien entschieden, ob sie nun in die Koalition eintreten oder nicht. In den meisten Fällen haben darüber Parteitage abgestimmt, also gewählte Vertreter der Mitgliedschaft – oder es waren noch kleinere (stets demokratisch legitimierte) Gremien. Die SPD verbreitert jetzt einfach die Basis der Legitimation, mehr nicht.

Hier setzt ein weiteres Argument der Gegner an: Das Mitgliedervotum höhle das Prinzip der repräsentativen Demokratie aus. Doch auch das geht ins Leere. Auch künftig werden die Regierungsgeschäfte nicht mit der Basis abgestimmt. Stattdessen werden sich, wenn am Ende ein Ja steht, viele Genossen noch umgucken, was die von ihnen legitimierte Regierung in den nächsten Jahren so alles entscheidet. Einiges davon wird nicht jedem Ortsvereinsvorsitzenden gefallen – aber weil dann die ganze Partei den Rahmen des Regierungshandelns, den Koalitionsvertrag, gebilligt hat, wird die SPD nicht gleich wieder vor der Zerreißprobe stehen.

(Christoph Hickmann: Die Basis ist die Basis der Legitimation.
In: Süddeutsche Zeitung, 29. 11. 2013: 4)

M 4: Aussagen eines Parteienforschers

Parteien befinden sich zwischen Gesellschaft und Staat. Sie verklammern die beiden Sphären, indem sie einerseits gesellschaftliche Anliegen bündeln und durch ihre gewählten Vertreter in die staatlichen Institutionen tragen. Andererseits prägen sie die staatlichen Entscheidungsprozesse in Parlamenten und Regierungen mit und vermitteln deren Resultate, befürwortend oder ablehnend, an ihre gesellschaftliche Basis zurück. Die Vermittlungsrolle der Parteien ist elementar für die Legitimation repräsentativer Demokratien. Erst dadurch entstehen eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen. [...] Parteien ermöglichen den Bürgern, sich aktiv an der Politik zu beteiligen und auf diese Weise einen Input zu leisten. [...] Ebenso verleihen Parteien den Resultaten der Politik, ihren Outputs, demokratische Weihen. [...] Der Erfolg der Politik wird dabei an der Fähigkeit gemessen, auftretende

Probleme, wie etwa Arbeitslosigkeit oder Klimawandel, zur Förderung des Gemeinwohls zu lösen. Beide Quellen der Legitimation, Input und Output, tragen zur Integration der Bürger in das politische System und damit der Akzeptanz politischer Herrschaft bei. [...] Die Widersprüche innerhalb der heutigen Parteien, etwa zwischen den Orientierungen der Berufspolitiker und den Perspektiven der Mitgliederbasis, werden sich nicht auflösen lassen. Als generelle Entwicklung kann jedoch von einer vermehrten Zuwendung der Parteien zu direktdemokratischen Verfahren und Mechanismen gesprochen werden. Die Stimme der Bürger und Mitglieder wird in den Parteien wieder deutlicher vernommen.

(Detterbeck 2011: 23, 245)

Die Lehrerin bzw. der Lehrer überprüft, welche (hier unterstrichen) Begriffe im Text enthalten sind und kontextualisiert werden können. Dabei gelangt sie/er zu folgendem Ergebnis: In M 1 sind nur die bereits bekannten Begriffe Partei und Wahl direkt enthalten. Mit dem Begriff „Mitgliederentscheid“ kann aber eine vergleichende Betrachtung zu einem Volksentscheid gewagt werden. Der Text eignet sich für die Kontextuierung der im Modell nicht genannten „Direkten Demokratie“, um die es fachlich in der Einheit auch geht. Der konkrete und daher leicht verstehbare Text hilft den Schülerinnen und Schülern, sich die politische Ausgangssituation zu verdeutlichen.

M 2 enthält die Begriffe Partei und Koalition. Mit Blick auf die Fachsprache bietet er kaum Lerngelegenheiten. Er soll neugierig machen, führt aber von einer fachsprachlichen Betrachtung weg, indem er eine Personalisierung vornimmt. Er zeichnet ein Stimmungs- und Gefühlsbild von Gabriel und anderen führenden SPD-Mitgliedern. Er wurde hier aufgenommen, um das politische Geschehen lebendiger erscheinen zu lassen und weitere Kompetenzdimensionen anzusprechen.

In M 3 werden genannt: Koalition, Parteien, Legitimation, Repräsentation, Regierung. Mit diesem fachsprachlich dichten

Text werden erstmals zentrale Begriffe unterschiedlicher Fachkonzepte angeboten. Er bietet vor dem konkreten Hintergrund des aktuellen politischen Vorgangs neue Begriffsverbindungen an. Je mehr fachsprachliche Begriffsverbindungen aufgebaut werden, desto leichter können neue Informationen in das eigene Netzwerk eingebaut werden (Kunter/Trautwein 2013: 48). M 3 bietet den ersten Anwendungsbezug der neu zu lernenden und der zu vertiefenden Fachbegriffe.

In M 4 finden sich folgende Begriffe: Parteien, Repräsentation, Wahl, Demokratie, Parlament, Staat, Regierung, Legitimation, *Input-Output-Orientierung*, Herrschaft. Dieser Text ist fachsprachlich noch dichter und ohne Vorkenntnisse nicht zu verstehen. Er enthält aber bereits eingeführte Fachbegriffe, so dass der zweite Anwendungsbezug für neues und bekanntes fachsprachliches Vokabular keine Überforderung darstellt. Den Schülerinnen und Schülern bietet er ein Kompetenzerleben durch viel Bekanntes. Der kumulative Charakter der Fachsprachenvermittlung wird deutlich. Das bestehende Wissen kann durch neue Informationen geprüft und aufgearbeitet werden. Der Lernprozess verläuft hier unter starker Beteiligung des Vorwissens.

Die Lehrerin bzw. der Lehrer überdenkt die Auswahl der Texte im zirkulären Denkprozess zusammen mit dem politischen Vorgang und den ausgewählten Fachkonzepten. Dabei wird sie/er auf eine Schwäche des Kompetenzmodells aufmerksam. Es fehlt bisher der konstituierende Begriff „Direkte Demokratie“ im Fachkonzept „Demokratie“. Dies wird besonders bei der Beschäftigung mit M 1 deutlich. Trotzdem behält sie/er den Text bei, weil mit ihm Legitimations- und Repräsentationsaspekte an dem Vorgang der Mitgliederbefragung in der SPD 2013 im Unterricht angesprochen werden können. Auch bei Text M 2 fehlt weitgehend die Fachsprache. Er hatte aber der Lehrerin bzw. dem Lehrer beim ersten Lesen gut gefallen. Bei der Planung wollte sie/er ihn zunächst aussondern. Um die Hintergründe der Situation „Ausählung und Bekanntgabe des Mitgliederentscheids“ motivierend auszumalen, ließ sie/er

ihn aber in der Materialsammlung drin. Er könnte Emotionen und Überzeugungen ansprechen. Bei den Texten M 3 und M 4 sieht sich die Lehrerin bzw. der Lehrer nach der Überprüfung in ihrer/seiner Auswahl bestätigt.

Schritt 6: Nachdenken über die Kompetenzdimensionen

Das Nachdenken über die Kompetenzdimensionen „Politische Urteilsfähigkeit“, „Politische Handlungsfähigkeit“ und „Politische Einstellung und Motivation“, d.h. das Durchdenken und die Ausgestaltung dieses Schrittes müssen aus Platzgründen unterbleiben. Dies erscheint vertretbar, da sich hier die Planung gegenüber früher nur wenig ändert (ausführlich bei Breit/Weißeno 2013).

Schritt 7: Festlegung des Kerns der Einheit; Gedanken zum methodischen Vorgehen

In der Unterrichtseinheit wird das in früheren Einheiten erarbeitete Wissen über die Fachkonzepte „Demokratie“, „Legitimation“ und „Präsentation“ mit Hilfe der Texte M 1 bis M 4 vertieft (Kompetenzdimension: Fachwissen). Indem diese Begriffe auf Parteien, genauer gesagt, auf den innerparteilichen Willensbildungsprozess, übertragen werden, wird auch das Fachkonzept „Parteien“ angesprochen.

Mit den Lernaufgaben (s. Schritt 9) wird die Kompetenzdimension „Politische Urteilsfähigkeit“ gefördert (vgl. Lernaufgabe 1: Erweiterungsurteil; Lernaufgabe 2: Entscheidungsurteil). Im Unterricht wird auch die Kompetenzdimension „Politische Handlungsfähigkeit“ angesprochen. Die Jugendlichen lernen Parteien als attraktive Möglichkeit politischen Entscheidens kennen. Durch die *Think-Pair-Share*-Methode erhalten sie im Unterricht ausgiebig Gelegenheit, sich dazu zu äußern (sich zu artikulieren) und in der Diskussion mit anderen darüber Argumente auszutauschen. Auch die Kompetenzdimension „Politische Einstellung und Motivation“ wird gefördert. Die Möglichkeit eines Mitgliederentscheides wertet die politische Beteiligung von Parteimitgliedern auf. Der Mitgliederentscheid in Parteien ist dazu

geeignet, das Systemvertrauen zu festigen (vgl. M 4, 2. Absatz, letzter Satz). Wenn sich die Schülerinnen und Schüler mit den verschiedenen Seiten der Thematik beschäftigt, sie verstanden und dies erfolgreich in der Lernstandserhebung gezeigt haben, ist ihr Selbstbewusstsein, ihr politisches Selbstkonzept gestärkt.

Ausgehend von der Diagnose, dass die Klasse 11 eine Vertiefung der Fachsprache und eine Übung der Urteilskompetenz benötigt, wird die Lehrerin/der Lehrer nicht nur Wert auf die Lernaufgaben, sondern auch auf fördernde Unterrichtsmethoden legen. Kooperative Lernmethoden, denen John Hattie (2013) Lernwirksamkeit zuschreibt und die auch im Politikunterricht wirksam zu sein scheinen (Weißeno/Landwehr 2014), eignen sich dazu besonders. Die Erarbeitung der Inhalte erfolgt in einer speziellen Strukturierung der Gruppenarbeit. Nach der *Think-Pair-Share-Methode* (Green/Green 2011: 130) denken die Schülerinnen und Schüler über die Antwort zu den von der Lehrerin bzw. vom Lehrer gestellten Fragen nach und halten ihre Lösungen schriftlich fest. Auch wenn die Aufgaben nur kooperativ zu lösen sind, muss mit dieser Methode jedes Mitglied einen individuellen Beitrag leisten. So lernt die einzelne Schülerin bzw. der einzelne Schüler verschiedene Ansichten zu einem Thema kennen, entwickelt beim Artikulieren eigene Standpunkte, schafft durch den Austausch von Argumenten Beziehungen und baut dabei Selbstvertrauen auf (Kompetenzdimension: Politische Einstellung und Motivation).

Schritt 8: Formulierung des Themas

Während dieser Überlegungen und Festlegungen denkt die Lehrerin bzw. der Lehrer immer auch über die Formulierung des Themas für sein Unterrichtsvorhaben nach. Dabei denkt sie/er von den Konzepten sowie Kompetenzen aus und kommt zu folgendem Vorschlag: Bedarf der Koalitionsvertrag der Zustimmung der SPD-Mitglieder?

Die Frage lässt sich nicht durch Routinen beantworten. Dieses Thema erscheint hinreichend komplex, schafft einen ergebnis-

offenen Fragehorizont, verbindet bekanntes mit neuem Wissen, berücksichtigt unterschiedliche Sichtweisen auf das Ergebnis, fordert die aktive Auseinandersetzung mit dem Gegenstand und erlaubt Diskussionen.

Schritt 9: Festlegung der Leistungen in Form von Lernaufgaben

Aus dem Thema ergeben sich zwei Lernaufgaben, die auch zur Benotung (Klassenarbeit) herangezogen werden können:

Aufgabe 1 (Erweiterungsurteil):

Die SPD hat einen Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag durchgeführt. In der Diskussion über die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Mitgliederentscheids gab es unterschiedliche Auffassungen. Prüfen Sie anhand der in den Texten genannten Argumente die Recht- und Zweckmäßigkeit.

Die Frage nach der Zweckmäßigkeit lässt sich wie folgt beantworten: Als am 14. Dezember 2013 die Beteiligung an dem Mitgliederentscheid und das eindeutige Votum bekannt gegeben wurden (M 2), versetzte dies nicht nur die Parteiführung, sondern auch die meisten einfachen SPD-Mitglieder in eine Hochstimmung. Durch den Mitgliederentscheid wurde die Partei für die zur politischen Beteiligung bereiten Mitglieder sowie für Bürgerinnen und Bürger attraktiv (M 2). Die innerparteiliche Willensbildung war transparent. Der Mitgliederentscheid wirkte aber nicht nur nach innen positiv. In den Medien wurde der Mitgliederentscheid mit großem Interesse verfolgt. Der Erfolg hat dem Ansehen der SPD genutzt.

Die Rechtmäßigkeit steht außer Frage (M 3). Zwar ist das Verfahren in Parteien ungewohnt, aber in der SPD nach der Parteireform im Dezember 2011 ausdrücklich vorgesehen (M 1). In den meisten Fällen haben bis 2013 darüber Parteitage abgestimmt, also gewählte Vertreter der Mitgliedschaft – oder es waren noch kleinere (stets demokratisch legitimierte) Gremien (M 3). Die SPD hat mit dem Mitgliederentscheid lediglich die

Legitimationsbasis verbreitert (M 3) und sie dadurch nicht außer Kraft gesetzt. Die Fragen nach der Zweckmäßigkeit und nach der Rechtmäßigkeit eines Mitgliederentscheides können daher beide bejaht werden.

Aufgabe 2 (Entscheidungsurteil):

Im Zusammenhang mit dem Mitgliederentscheid in der SPD wurde über (innerparteiliche) Demokratie, Legitimation und Repräsentation, über *Inputs* und *Outputs* diskutiert. Klären Sie mit Hilfe dieser Begriffe die Frage: Hat der Mitgliederentscheid in der SPD die innerparteiliche Demokratie in der SPD und darüber hinaus die Demokratie in Deutschland gestärkt? Wägen Sie ab und begründen Sie Ihre Entscheidung. Beziehen Sie alle in den Texten genannten Argumente in Ihr Urteil mit ein.

Die Frage, ob der Mitgliederentscheid in der SPD die innerparteiliche Demokratie und darüber hinaus die Demokratie in Deutschland gestärkt hat, lässt sich sowohl verneinen als auch bejahen.

In der Demokratie und auch in der in Art. 21 GG geforderten innerparteilichen Demokratie wird von den vom Volk bzw. von den Mitgliedern gewählten Vertretern Herrschaft ausgeübt (Repräsentationsprinzip). Diese Vertreter bündeln gesellschaftliche Anliegen. Die Minister der SPD vertreten sie in der Regierung, die SPD-Abgeordneten im Parlament. Die gewählten Parteivertreter vermitteln Entscheidungen des Parlaments und der Regierung an die SPD-Mitglieder und stärken so „die Legitimation der repräsentativen Demokratie“ (vgl. M 4). Sie sind bestrebt, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Die dabei erreichten Erfolge sind als *Outputs* eine wichtige „Quelle der Legitimation“ (vgl. M 4) von Herrschaft. Sie tragen „zur Integration der Bürger in das politische System und damit der Akzeptanz politischer Herrschaft“ (vgl. M 4) in der Demokratie bei.

Daher höhlt der Mitgliederentscheid das Prinzip der repräsentativen Demokratie nicht aus (M 3). Das Repräsentationsprinzip

bleibt in Kraft. Der Mitgliederentscheid ändert daran nichts. Ohne eine solche Änderung kann aber von einer Stärkung der innerparteilichen Demokratie und auch der Demokratie in Deutschland nicht gesprochen werden. Die gestellte Frage lässt sich daher mit den in den Texten auffindbaren Argumenten verneinen.

Andererseits hat der Mitgliederentscheid zu einer verstärkten Beteiligung der Mitglieder geführt, was von der SPD mit ihrer Parteireform 2011 auch angestrebt wird. Den Mitgliedern war es durch den Mitgliederentscheid möglich, mit der Zustimmung oder Ablehnung des Koalitionsvertrages einen bedeutsamen *Input* zu leisten (M 4). Dieser *Input* ist ebenfalls eine wichtige „Quelle der Legitimation“ (vgl. M 4) von Herrschaft. Er trägt auch „zur Integration der Bürger in das politische System und damit der Akzeptanz politischer Herrschaft“ in der Demokratie bei (vgl. M 4).

Die in der Aufgabe gestellte Frage kann daher mit den in den Texten auffindbaren Argumenten auch bejaht werden. Daraus folgt: Der Mitgliederentscheid in der SPD hat die innerparteiliche Demokratie in der SPD und darüber hinaus die Demokratie in Deutschland gestärkt. Aber: Sowohl der Mitgliederentscheid als *Input* als auch das in Kraft bleibende Repräsentationsprinzip mit den problemlösenden Entscheidungen der gewählten Vertreter als *Outputs* sind „beide Quellen der Legitimation“ und „tragen zur Integration der Bürger in das politische System und damit der Akzeptanz politischer Herrschaft bei“ (vgl. M 4). Beide Quellen müssen zusammen gesehen werden.

Die mögliche Entscheidung eines Schülers könnte lauten: Ich selbst sehe den Mitgliederentscheid als wichtig für die innerparteiliche Demokratie in einer großen Volkspartei und für die „generelle Entwicklung“ der Demokratie in Deutschland an (M 4). Er wird mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen, dass in Zukunft auch andere Parteien sich direktdemokratischen Verfahren zuwenden werden (M 4), die Stimmen der Parteimitglieder und damit der Bürgerinnen und Bürger deutlicher vernommen

werden, die Bürgerinnen und Bürger so besser in das politische System integriert werden und damit die politische Herrschaft in der Demokratie besser akzeptiert wird (M 4).

Die Bearbeitung der beiden Lernaufgaben führt zu einem überraschenden Ergebnis. Die Forderung, sich der im Unterricht behandelten Begriffe zu bedienen und die im Unterricht verwandten Materialien heranzuziehen, ist zentral für den Erwerb der Fachsprache und den Aufbau konzeptuellen Wissens. Je gründlicher und genauer die Schülerinnen und Schüler lesen, desto leichter fällt die Bearbeitung der gestellten Lernaufgaben. Die Lösungen lassen sich in den Texten auffinden. Allerdings sollen keine Sätze übernommen, sondern eigene Formulierungen gewählt werden.

3. Ausblick

Die Behauptung kann gewagt werden: Bei der Planung nach dem Modell der Politikkompetenz verbessert sich die inhaltliche Anbindung des Politikunterrichts an die Forschungsergebnisse der Lehr-Lern-Forschung. Das zu vermittelnde Wissen und die geplanten Urteilsaufgaben durchdachte die Lehrerin bzw. der Lehrer früher allein mit ihrem/seinem bereits vorhandenen und gegebenenfalls durch Selbststudium für das Unterrichtsvorhaben ergänzten Wissenshorizont. Auch vom Schulbuch aus wurde gedacht. Nach dem neuen Planungsvorgehen bekommt sie/er mit den Fachkonzepten leicht les- und verstehbare Hilfen angeboten. Geeignete Schulbücher gibt es dazu noch nicht (Weißeno 2013). Durch den Aufbau konzeptuellen Wissens kann die Lehrerin bzw. der Lehrer weit mehr im Unterricht vermitteln als ohne die Orientierung am Modell der Politikkompetenz. Sie/er findet leichter geeignete Texte und Materialien, entdeckt in ihnen mehr („Man sieht nur, was man weiß.“) und kann sie besser aufbereiten als ohne diese Vorbereitung.

Der Zwang, Fachkonzepte zu übernehmen, stört jede Politiklehrerin und jeden Politiklehrer, weil er dem eigenen Selbst-

verständnis widerspricht. Wer zum selbstständigen politischen Denken und Handeln befähigen will, wird sich nur schwer mit der „Unterwerfung“ unter die feste Struktur von Fachkonzepten abfinden. Trotz dieser Vorbehalte wird man aber nach einer durchgeführten Planung mit dem Modell der Politikkompetenz anerkennen, dass die Fachkonzepte die Lehrerin bzw. den Lehrer zu einem fachlich gut fundierten Politikunterricht befähigen. Politikunterricht nach dieser Planung führt die Schülerinnen und Schüler zu einer ungleich intensiveren Auseinandersetzung mit einem politischen Inhalt und kommt ihnen in jedem Fall zugute.

Literatur

- Breit, G./Weißen, G. (2003): Planung des Politikunterrichts. Eine Einführung. Schwalbach/Ts.
- Breit, G./Weißen, G. (2013). Entwicklung von Urteilsaufgaben im kompetenzorientierten Politikunterricht. In: Frech, S./Richter, D. (Hrsg.): Politische Kompetenzen fördern. Schwalbach/Ts., S. 145–163.
- Detjen, J./Massing, P./Richter, D./Weißen, G. (2012): Politikkompetenz – ein Modell. Wiesbaden.
- Detterbeck, K. (2011): Parteien und Parteiensystem. Konstanz.
- Green, N./Green, K. (2011): Kooperatives Lernen im Klassenraum und im Kollegium. 6. Auflage, Stuttgart.
- Hattie, J. (2013): Lernen sichtbar machen. Baltmannsweiler.
- Kunter, M./Trautwein, U. (2013): Psychologie des Unterrichts. Stuttgart.
- Weißen, G./Detjen, J./Juchler, I./Massing, P./Richter, D. (2010): Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell; Bonn; URL: <http://bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/35835/konzepte-der-politik>
- Weißen, G. (2013): Fachsprache in Schulbüchern für Politik/Sozialkunde – eine empirische Studie. In: Massing, P./Weißen, G. (Hrsg.): Demokratischer Verfassungsstaat und Politische Bildung. Schwalbach/Ts., S. 151–170.
- Weißen, G./Landwehr, B. (2015): Effektiver Unterricht über die Europäische Union – Ergebnisse einer Studie zur Schülerperzeption von Politikunterricht. In: Oberle, M. (Hrsg.): Die europäische Union erfolgreich vermitteln. Wiesbaden, S. 99–109